

Bericht von Bischof Dr. Martin Hein zur Herbststagung der Landessynode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck am 26.11.2001

1. Vom Wachstum der Kirche

Frau Präses, liebe Synodale, sehr verehrte Gäste,
liebe Schwestern und Brüder!

"Is your church growing?" Mit dieser Frage überraschte mich während meines Sommerurlaubs in den USA ein amerikanischer Bekannter. Für ihn war es selbstverständliche Voraussetzung seines Glaubens, daß eine Kirche wachse. Wenn nicht, laufe doch irgend etwas falsch, und es wären, so seine Meinung, entsprechende Überlegungen anzustellen, wie das anders werden könnte: "What do you do?"

Selbstverständlich wußte ich in jenem Gespräch von den völlig unterschiedlichen Voraussetzungen zu berichten, die die kirchliche Situation in Deutschland im Vergleich zu der in den USA bestimmen. Die Faktoren, warum unsere Kirche tatsächlich schrumpft, sind ja bekannt. Zum einen haben wir mehr Sterbefälle zu verzeichnen als Taufen. Zum anderen gibt es eine Wanderungsbewegung, die sich an den wirtschaftlichen Aussichten einer Region entscheidet. Im nord- und osthessischen Raum gibt es zum Teil erhebliche strukturelle Probleme mit der Folge, daß gerade jüngere Menschen in Ballungsbereiche außerhalb von Kurhessen-Waldeck ziehen, wo sich die Arbeitsmarktbedingungen deutlich positiver als bei uns darstellen. Beide Faktoren können wir nicht unmittelbar beeinflussen, doch sie haben vielfache Auswirkungen. Und schließlich sind - bei rund einer Million Gemeindeglieder - im vergangenen Jahr 4.240 Austritte zu verzeichnen gewesen, denen zwar 995 Aufnahmen gegenüberstanden, die aber den Mitgliederverlust nicht auszugleichen vermochten. Insofern mußte ich sagen: Nein, unsere Kirche wächst nicht - jedenfalls nicht, was die Zahl der evangelischen Christen angeht. Die Hinweise auf die - im deutschen Vergleich - relative Stabilität gerade unserer Landeskirche werden meinen amerikanischen Freund in Iowa kaum überzeugt haben; sie kamen ihm eher beunruhigend vor, weil er sie als beschwichtigend empfand.

Seither sind mir seine beiden Einwürfe nachgegangen. Man sollte sie nicht gleich als "naiven" amerikanischen Pragmatismus abtun. Dahinter steckt tatsächlich eine recht weitgehende Anfrage an die Art und Weise, wie wir in Deutschland innerhalb unseres volkskirchlichen Kontextes mit dem schleichenden Mitgliederrückgang in der

evangelischen Kirche umgehen. Und die scheint weitgehend von Gewöhnung an einen angeblich unumkehrbaren Trend geprägt zu sein.

Dabei wächst die Kirche Jesu Christi weltweit gesehen: nicht einmal in erster Linie in Nordamerika, aber in Afrika, in Asien und in Lateinamerika. Die Rückfragen an uns könnten ebensogut aus einer unserer Partnerkirchen kommen: "Wie steht das mit Euch? Wir leben doch alle aus dem gleichem Evangelium von Jesus Christus als Heil der Welt. Niemand hat den anderen etwas voraus. Aber bei Euch spüren wir wenig Resonanz." Am Evangelium selbst kann es kaum liegen, wenn es andernorts Menschen erreicht und bewegt. Also doch eher an uns? Es scheint so. Vor zwei Wochen fand in Kassel im Rahmen des dortigen Leitbildprozesses eine Veranstaltung zu "Anspruch und Wirklichkeit der Evangelischen Kirche in Kassel" statt, an der rund hundert haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende teilnahmen. Eine Pressemeldung faßte das selbstkritische Votum der Mehrheit im Blick auf ihre eigene Kirche wie folgt zusammen: "Die Botschaft ist nicht klar, die Boten sind nicht authentisch, die Sprache ist unverständlich." Wenn das so stimmen sollte, dann ist es höchste Zeit zu fragen: "What do you do?"

Spätestens seit der Leipziger EKD-Synode 1999 wächst in der evangelischen Kirche das Bewußtsein, daß wir aktiver und kreativer auf Menschen zugehen müssen, um ihnen auf eine ansprechende und zugleich überzeugende Weise die Begegnung mit dem Evangelium zu ermöglichen. Die Zeiten, in denen wir bei dem Stichwort "Mission" an ferne Länder dachten und im übrigen dieses Wort aus unserem Sprachschatz tilgten, sind vorbei. Denn die Selbstverständlichkeit, mit der man sich früher zur Kirche hielt und seine Kinder taufen ließ, besteht nicht mehr. Es muß inzwischen gute Gründe geben, warum Menschen (weiterhin) zur evangelischen Kirche gehören. Sollten die nicht vermittelt und einsichtig gemacht werden können, suchen sich viele auf dem Markt der religiösen Möglichkeiten das ihnen gemäße Angebot aus und verlassen unsere Kirche.

Dies bedeutet: Das Evangelium von Jesus Christus zu bezeugen, weil es die alle bestimmende Wirklichkeit unseres Leben ist, fordert gewiß Fantasie und Kreativität, doch vor allen weiteren Überlegungen und Bemühungen stellt sich die einfache, aber ernsthafte Frage, ob wir überhaupt wollen, daß unsere Kirche wächst.

Ich persönlich möchte mich wenigstens nicht immer wieder an eine scheinbar naturgegebene Entwicklung anpassen. Ich setze auf "Verbündete". Und ich entdecke durchaus hoffnungsvolle Zeichen.

Dabei gehe ich davon aus, daß die entscheidende Kraft der Weitergabe des Evangeliums in der unmittelbaren Begegnung von Menschen liegt. Das authentische Zeugnis des Glaubens von Angesicht zu Angesicht wirkt am ehesten gewinnend und begeisternd. Alle anderen Wege - auch die medialen - muß man deswegen nicht unterlassen, aber ich glaube, kein Internet und kein Fernsehgottesdienst, keine Verkündigungssendung im Rundfunk und keine Seelsorge per E-Mail kann diese "Ursituation" der Glaubensweitergabe ersetzen. Sie ist sozusagen die Grundstruktur, in der sich jede Mission ereignet. Dies ist im übrigen auch einer der Gründe dafür, daß die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck - so gut es irgend geht - das dichte Netz der Pfarrstellen auf dem Land wie in den Städten aufrechterhält. Wir sehen darin nicht nur einen wesentlichen Grund für die erwähnte relative Stabilität unserer Landeskirche, sondern auch eine Voraussetzung, das Evangelium "vor Ort" identifizierbar zu bezeugen und so Menschen für den Glauben zu gewinnen.

Daß in unserer Landeskirche gerade Ehrenamtliche in hervorragender Weise Verantwortung für das Ganze zu übernehmen bereit sind, haben die Kirchenvorstandswahlen gezeigt, die gerade zwei Monate zurückliegen. Sie waren dieses Jahr für unsere Kirche ein wichtiges Ereignis. In 962 Gemeinden wurde das Gremium gewählt, das in gemeinsamer Verantwortung mit der Pfarrerin oder dem Pfarrer die Gemeinde leitet. Rund 11.000 Kandidatinnen und Kandidaten haben sich für diese Wahl zur Verfügung gestellt, sind gewählt oder berufen worden. Das ist ein außerordentlich beeindruckendes Signal für die Lebendigkeit unserer Kirche! Das Vorurteil hält sich hartnäckig, es wäre überhaupt nicht mehr plausibel zu machen, wozu die ehrenamtliche Mitarbeit in Kirchengemeinden und Kreissynoden nötig ist. Zugestanden: Vielleicht verlangt es heute mehr Überzeugungsarbeit als früher. Aber das Ergebnis der Bemühungen um die neuen Kirchenvorstände in unserer Landeskirche kann sich - trotz aller Schwierigkeiten - auch im Zusammenhang der Freiwilligenarbeit in unserer Gesellschaft allemal sehen lassen.

Und ebenso sollte beachtet werden: 25,3 % der wahlberechtigten Gemeindeglieder haben sich am Urnengang beteiligt, obwohl der Kirchenvorstandswahl die Spannung sonstiger Wahlkämpfe fehlt, weil es bei uns keine Parteien und Fraktionen gibt, die gegeneinander antreten. Erfreulicherweise konnte in diesem Jahr die Wahlbeteiligung sogar um 1,4 % gegenüber 1995 gesteigert werden. Damit liegen wir an der Spitze aller EKD-Gliedkirchen, die in diesem Jahr Kirchenwahlen durchführten! An solch mutmachende Erfahrungen können wir anknüpfen. Daß die höchste Wahlbeteiligung mit 35,4 % im Kirchenkreis Schmalkalden erzielt wurde, verdient besondere

Beachtung. Mein Dank gilt darum allen, die sich an den Vorbereitungen und der Durchführung der Kirchenvorstandswahl beteiligt haben: dem Ausschuß "Kirchenvorstandswahl" ebenso wie der Projektgruppe im Amt für kirchliche Dienste und nicht zuletzt den vielen Helferinnen und Helfern in den Gemeinden.

Die überwiegend positive Bilanz, die ich im Blick auf die Kirchenvorstandswahl ziehe, wird dadurch nicht getrübt, daß es wichtige Rückfragen gibt, die wir weiter bedenken müssen: Ich gestehe zu, daß die Dauer einer Wahlperiode von sechs Jahren auch abschreckt. Gerade junge Menschen können sich die Mitarbeit im Kirchenvorstand über einen so langen Zeitraum nicht gut vorstellen, weil sie einerseits diese Aufgabe sehr ernst nehmen, andererseits aber von ihnen in dieser Lebensphase ein hohes Maß an beruflicher Flexibilität verlangt wird. Ebenso sind die Altersgrenze für das passive Wahlrecht und auch das sehr aufwendige und teure Wahlverfahren einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Am 1. bzw. 3. Adventssonntag werden die neuen Kirchenvorstände in ihr Amt eingeführt und die ausscheidenden Kirchenvorstandsmitglieder verabschiedet. Für diejenigen, die mindestens vier Wahlperioden, also 24 Jahre, im Kirchenvorstand mitgearbeitet haben, konnten die Pfarrämter eine landeskirchliche Dankplakette mit entsprechender Urkunde anfordern. Bis zur letzten Woche waren es schon 547 solcher Dankplaketten, die versandt wurden! Es beeindruckt mich tief, wenn ich an den Jahren der Zugehörigkeit zum Kirchenvorstand ablesen kann, mit welcher Treue Frauen und Männer für ihre Kirchengemeinde eingestanden sind. Manchmal waren es mehr als 42 Jahre!

Aber nicht nur im Kirchenvorstand gibt es ja dieses Engagement. Ob es sich um die Mitarbeit in der Bahnhofsmision oder im Kindergottesdienstkreis, in der Telefonseelsorge oder der Seniorenarbeit, in Kirchenchören und Posaunenchören oder im Lektorendienst handelt - um nur einige wenige Beispiele herauszugreifen: Dies alles drückt aus, daß unsere Kirche in einem hohen Maß von verantwortungsbereiten und einsatzfreudigen Menschen getragen wird.

Die Voraussetzungen für das Wachstum unserer Kirche sind so schlecht also gar nicht! Gewiß ist es kaum mit einem einzigen großen Kraftakt zu erreichen. Dagegen spräche schon das Bild vom "Wachsen", das ja auch Jesus aufnimmt (Markus 4,26-29). Vielmehr ist es ein Prozeß, der ein ganzes Bündel unterschiedlicher Schritte voraussetzt. Er fängt für mich damit an, daß sich in unseren Köpfen das Bewußtsein wandelt, als sei die Schrumpfung der Kirche der Normalfall und das Ziel, Wachstum zu

wollen, in irgend einer Weise anrühlich. Diese Einstellungsveränderung betrifft nicht nur Pfarrerinnen und Pfarrer unserer Kirche, sondern alle, die bei uns Verantwortung tragen: die hauptamtlich und ehrenamtlich Mitarbeitenden ebenso wie die Gemeindeglieder. Denn wir arbeiten am Wachstum unserer Kirche ja nicht unseretwegen, sondern aus der tiefsten Überzeugung heraus, daß die Kirche der Ort ist, wo uns verheißen ist, dem lebendigen Gott zu begegnen, wo uns unsere Schuld vergeben wird und wir den Zuspruch des Evangeliums erfahren, wo wir Gemeinschaft mit anderen Christen erleben und für das Leben in den verschiedenen Beziehungen des Alltags Kraft gewinnen. Darum geht es in der Kirche; und dazu ist sie da! Ich bin mir sicher, daß Gott zu diesem Wachstum seinen Segen gibt.

2. Terror und Krieg

So unvermittelt wie dieser thematische Übergang in meinem Bericht hat uns alle am 11. September ein Ereignis getroffen, dessen Auswirkungen immer noch nicht abzusehen sind. Elf Wochen ist es her, daß vier amerikanische Flugzeuge gleichzeitig auf Inlandsflügen gekapert wurden. Die islamistischen Entführer überwältigten die Piloten und steuerten die Maschinen auf Ziele zu, die sie für ihre Terroranschläge ausgewählt hatten: die beiden Türme des World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington. In der vierten Maschine fand ein verzweifelter Kampf statt, der mit dem Absturz auf einem Feld bei Pittsburgh endete.

Wut, Entsetzen, Fassungslosigkeit und Lähmung bestimmten unser Denken und Fühlen in den folgenden Stunden und Tagen. Der Anschlag traf nicht nur die Menschen in den Zwillingtürmen im Süden Manhattans und im Pentagon völlig unvorbereitet. Niemand war auf ein solches Szenario gefaßt.

Manche von uns kennen New York. Die Twin Towers waren nicht zu übersehen. Nun haben Terroristen die Menschen in New York und Washington zu ihrem Spielball gemacht. Rücksichtslos kalkulierten sie den Tod tausender Unschuldiger ein. Die Anschläge sollten die USA nicht nur wirtschaftlich schädigen, sondern dem Land einen tiefen symbolischen Schaden zufügen.

Wieviel Haß muß da sein! Welche Verblendung steckt darin, solch einen Anschlag zu planen und zu rechtfertigen! Mit menschlichen Maßstäben ist das kaum zu ermessen.

Unsere Anteilnahme gilt den Opfern, den Angehörigen und dem amerikanischen Volk. Aber täuschen wir uns nicht. Getroffen wurde nicht nur ein Land. Gezielt wurde auch auf einen Lebensstil, der das Objekt dieser erbarmungslosen Feindseligkeit ist. Wir teilen diesen Lebensstil, seit uns die Alliierten unter hohen eigenen Verlusten von der Diktatur des Nationalsozialismus befreit haben: auf demokratischer Grundlage der Freiheit verpflichtet, allen im Rahmen der bestehenden Gesetze ihre individuellen Entfaltungsmöglichkeiten zuerkennend. Die offene Gesellschaft sollte getroffen werden. Denn die verträgt sich kaum mit den Vorstellungen von Fundamentalisten - übrigens ganz gleich, welcher Religion sie angehören.

Ich halte es für falsch, die Anschläge und die Reaktion der USA und ihrer NATO-Verbündeten als einen Kampf der Kulturen oder als Krieg zwischen zivilisierter Welt und einem unzivilisierten Rest darzustellen. Auch steht hier nicht das christliche Abendland gegen den islamisch geprägten Kulturkreis.

Aber es bestand und besteht derzeit noch immer die Gefahr, daß die Bombardierung Afghanistans das berechtigte Interesse an einer Verfolgung und Bestrafung Osama Bin Ladens und seiner Anhänger leicht ins Unrecht setzen kann. Das ist ein Punkt, den man unbedingt berücksichtigen muß, will man die politische Allianz gegen den Terrorismus zusammenhalten.

Wie wird es weiter gehen? Ich habe darauf keine Antworten, aber Hoffnungen: die Hoffnung, daß sich aus diesem schrecklichen Ereignis nicht noch schlimmere Eskalationen ergeben, die unsere Welt in die Barbarei zurückwerfen, und die Hoffnung, daß Vernunft und Besonnenheit trotz allem eine Chance haben. Ob die gegenwärtigen militärischen Maßnahmen dazu führen, daß die Verantwortlichen gefaßt oder ausgeliefert werden können, und welche Rolle der Einsatz der Bundeswehr spielen wird, vermag ich zur Zeit nicht abzusehen. Die Sehnsucht nach den einfachen Antworten ist ebenso verbreitet wie verständlich. Manche haben in den Kirchen das klare und eindeutige Zeugnis für den Frieden und gegen einen möglichen Bundeswehreininsatz in Afghanistan vermißt. Auch ich habe weiterhin Zweifel, ob der eingeschlagene Weg zum gewünschten Ziel führt. Aber ich sehe auch, daß die Militäraktionen der Amerikaner und Briten den Sturz des Talibanregimes erst ermöglicht haben. Angesichts dieser Ambivalenzen ist es ehrlicher, differenzierte und abgewogene Antworten zu suchen, wie dies die EKD-Synode vor drei Wochen in Amberg in ihrer Kundgebung zur "Friedenspolitik in der gegenwärtigen Situation" getan hat. Ich empfehle allen die Lektüre dieses Textes: Sie setzt Bereitschaft zum gegenseitigen Zuhören voraus, ist aber gerade deshalb lohnenswert.

Was wir in unseren Gemeinden tun sollten, liegt demgegenüber auf der Hand: Wir werden sehr viel bewußter als bisher das Gespräch mit den Menschen islamischen Glaubens führen müssen. Dem Gefühl, durch die Anschläge in unserer Gesellschaft noch weiter in die Isolation zu geraten, treten wir dadurch entgegen, daß wir auf Moslems zugehen. Dabei haben wir keinen Grund, von unseren christlichen Überzeugungen abzurücken. Mit Selbstbewußtsein und im Wissen um das, was unseren Glauben bestimmt, können wir Gemeinsamkeiten und Unterschiede benennen und so einen ehrlichen Dialog führen: nicht verletzend oder gar überheblich, sondern freundlich und einladend. Auch gemeinsame Friedensgebete für Gerechtigkeit und Versöhnung halte ich für sinnvoll.

Offenkundig gibt es noch eine weitere Konsequenz der Ereignisse vom 11. September. Kurz nach den fürchterlichen Anschlägen setzte ein großes Bedürfnis nach Gottesdiensten, Andachten oder liturgisch gestalteten Zusammenkünften ein. Es schien, als seien die Korsettstangen, die das eigene Leben unanfechtbar machen sollten, mit einem Schlag zerbrochen. Uns wurde bewußt, wie unser Leben von einem Augenblick auf den anderen ans Ende kommen kann. Diesmal ließ sich solch eine Erfahrung nicht einfach beiseite schieben. In der Stunde der Not erinnerten sich viele, auch sehr viele junge Menschen, daß die Kirchen über das Vorfindliche hinausweisen. Intuitiv suchten sie in den Gotteshäusern Geborgenheit oder Klärung. Sie erlebten, daß Psalmen und kirchliche Gebetsprache der eigenen Sprachlosigkeit Worte geben können, daß gemeinsame Lieder Trost und Hoffnung vermitteln, wo ansonsten im Angesicht dieses Grauens alles zur Bedeutungslosigkeit pulverisiert zu werden droht.

Auch weiterhin sollten wir nach einer Formensprache Ausschau halten, die dieser wiedergefundenen Religiosität entgegenkommt. Es müssen ja nicht stets erst Katastrophen sein, die die Frage nach Gott aufleben lassen. Wieder zeigt sich: Die sogenannte Säkularisierung bedeutet keineswegs das Ende der Religiosität. Sie ist als weitgehend ungestilltes Bedürfnis bei vielen Menschen vorhanden.

Was heißt das für unseren Verkündigungsauftrag? In Krisen- und Katastrophensituationen werden uns Kompetenzen zugetraut, die andernorts nicht zu finden sind. Diese Einsicht läßt sich auf die pastorale Arbeit in unseren Kirchengemeinden übertragen: Die Angebote zur Bewältigung lebensgeschichtlicher Krisen, zum Beispiel bei schweren Krankheiten oder bei dem Tod von Angehörigen, werden häufig in Anspruch genommen und als tröstend, hilfreich und stabilisierend empfunden. Die Öffentlichkeit nimmt dies weit weniger wahr, weil naturgemäß eine

gewisse Scheu besteht, solche Bedürfnisse nach außen zu kommunizieren. Es schlägt sich auch nicht gleich in verstärktem Gottesdienstbesuch oder der Beteiligung an Gemeindegruppen nieder. Aber Pfarrerinnen und Pfarrer sollten die seelsorgliche wie gottesdienstliche Begleitung von Menschen in Not als eine Kernaufgabe begreifen und diese Tätigkeit mit besonderer Sorgfalt pflegen.

3. Gefährdung durch Gier

Vor wenigen Tagen wurde in der Nähe von Gemünden der dritte BSE-Fall in Hessen entdeckt. Wahrscheinlich haben viele von Ihnen die Kurzmeldung in den Zeitungen ganz überlesen. Vor einem Jahr hätte das gleiche Ereignis Heerscharen von Reportern in Bewegung gesetzt, die von Polizeikräften hätten zurückgehalten werden müssen, damit sie diesen Bauernhof nicht stürmen. Der Entdeckung des Falles wäre in den nächsten Tagen eine Reihe von Interviews und Pressekonferenzen gefolgt, in denen über den Weg spekuliert worden wäre, wie es zu einer Infektion habe kommen können.

Und inzwischen? Heute haben wir uns schon daran gewöhnt wie an die Kurzmeldungen über Unfallopfer und Drogentote. Ein paar Zeilen ist es den Zeitungen wert. Ab und zu wird etwas über BSE gemeldet. BSE, was war das noch: Wahnsinnige Rinder - oder doch verrückte Menschen? Ursächlich für die BSE-Erkrankung ist eine Tier-"Produktion", bei der Profitinteressen wichtiger sind als Gesundheit und Leben der Menschen und die sich hinter anonymem Fleisch verstecken zu können glaubt. Denn nach ersten Vermutungen und Hinweisen auf Tiermehl im Rinderfutter, das von kranken Tieren stammen könnte, und trotz klarer Vorschriften für die Fertigung des Futters haben einige Hersteller sehenden Auges die Bevölkerung Europas weiterhin für ihre eigenen Interessen mißbraucht.

Im Frühjahr diesen Jahres haben mich anlässlich meines Besuchs im Kirchenkreis des Eisenbergs Landwirtschaftsfamilien aus Berndorf und Umgebung über die wirtschaftlichen und seelischen Folgen der Krise unterrichtet. Neben BSE hatte die drohende Maul- und Klauenseuche den Fleischmarkt in schwere Turbulenzen gebracht. Die anwesenden Männer und Frauen bangten um ihre wirtschaftliche Existenz. Ich freue mich, daß inzwischen die heftigsten Folgen dieser Krise überwunden sind und Landwirte ihre Tiere wieder verkaufen können. Noch mehr würde ich mich allerdings freuen, wenn die Rückkehr zu normalen Verhältnissen nicht eine Folge des kurzen Gedächtnisses der Verbraucher und einer beruhigenden Rhetorik wäre, sondern eine echte Wende in der Landwirtschaft bedeuten würde, die auch in der Tierhaltung und

Aufzucht deutlich erkennbar am Schöpfungsauftrag und an dem Gedanken unserer gemeinsamen Kreativität orientiert wäre.

4. Die Krise der Pflege

Seit über einem Jahr beschäftigt sich unsere Landeskirche mit den aktuellen Problemen in der Pflege alter und kranker Menschen. Im Herbst 2000 begannen die Vorbereitungen zwischen der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck und dem Bistum Fulda für die "Woche für das Leben". Damit setzten beide die Entscheidung der Evangelischen Kirche in Deutschland und der katholischen Deutschen Bischofskonferenz um, die "Woche für das Leben" im Jahr 2001 unter das Thema "Menschen würdig pflegen" zu stellen.

Am 19. Mai haben Weihbischof Schick und ich in Fulda zeitgleich mit Prälat Schmidt und Weihbischof Kapp in Kassel die Eröffnungsgottesdienste zu dieser Aktion gefeiert. Schon damals war uns klar, daß wir es nicht bei einem Gottesdienst und einem Nachmittag mit Fachvorträgen und Diskussionen sowie den Veranstaltungen in einzelnen Gemeinden belassen konnten. Wir waren überzeugt, daß die inzwischen immer deutlicher hervortretenden Mängel besonders bei der ambulanten Pflege einer Kampagne bedürfen, die auf die Entscheidungsträger einwirkt. Während der Frühjahrstagung unserer Landessynode Ende Mai wurde eine Verlautbarung eingebracht und verabschiedet, die die Mängel der Pflege benannte und Abhilfe forderte.

Gegenüber kommerziellen Mitbewerbern geraten die diakonischen Einrichtungen ins Hintertreffen, weil sie jeder angeforderten Pflege ohne Rücksicht darauf nachkommen, ob es sich um ein "gutes" oder "schlechtes" Finanzierungsrisiko handelt. Zudem werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach dem kirchlichen Vergütungssystem bezahlt, das gegenüber Kräften, die als sogenannte "geringfügig Beschäftigte" arbeiten, durch den normalen Steuersatz und die Sozialabgaben belastet wird. Obwohl manche Einrichtungen inzwischen Betriebsvereinbarungen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getroffen haben, nach der diese im Zuge der Notlagenregelung auf einen erheblichen Teil ihrer Einkommen verzichten, kommen etliche Diakoniestationen, die ambulante Pflege anbieten, nicht aus den roten Zahlen heraus. Das Defizit wird

einerseits durch die Struktur der Pflegefälle und andererseits durch die Struktur der Mitarbeiterschaft und des Vergütungssystems verursacht.

Zur Zeit zahlt die Pflegeversicherung 52.- DM pro Stunde geleisteter Pflege. Damit kann die Qualität in der Pflege auf Dauer aber nicht gehalten werden! Ein Problem ist zudem, daß in den Verhandlungen über die finanzielle Ausstattung der Leistungsanbieter die Kommunen einerseits auf der Seite der Leistungsanbieter sitzen, andererseits aber auch auf Seiten der Kostenträger. Daher ist keine Parität gewährleistet.

Die Verlautbarung der Landessynode wurde an Leistungserbringer und politisch Verantwortliche in Hessen weitergeleitet und hat ein großes Echo gefunden. Inzwischen haben wir mit den hessischen Bundestagsabgeordneten einen Gesprächstermin vereinbart. Zur allgemeinen Information ist von Landeskirche und Diakonischem Werk in Kurhessen-Waldeck die Broschüre "Pflege in der Krise" erarbeitet und in der letzten Woche publiziert worden. Am 11. Dezember werden wir in der Hessischen Landesvertretung in Berlin mit den Bundestagsabgeordneten zusammenkommen, um aus unserer Sicht die krisenhafte Entwicklung in der ambulanten Pflege darzustellen. Ein weiteres Treffen mit Abgeordneten des Hessischen Landtages wird Anfang Februar in Wiesbaden stattfinden. Vertreter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sind zu beiden Treffen ebenfalls eingeladen.

Wir erhoffen uns von den Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgern einen Fortschritt in der Überwindung der Schwierigkeiten in der ambulanten Pflege. Diese Verbesserungen sind dringend nötig, weil wir in Zukunft eine noch viel größere Zahl von Pflegebedürftigen in unserer Gesellschaft haben werden. Die Alterspyramide unserer Gesellschaft zwingt uns dazu, schon jetzt bestimmte Standards fest zu vereinbaren, wenn die Qualität der Pflege unter der großen Zahl von Pflegefällen künftig nicht ganz unter die Räder kommen soll.

5. Dem Tod ausgeliefert

Gefährdet ist unser Leben auch dort, wo die wissenschaftlich-technischen Errungenschaften unter dem Deckmantel höchster Humanität und kultureller Spitzenleistung daherkommen.

Seit fast einem Jahr stehen wir in Europa vor der Tatsache, daß man in den Niederlanden - und inzwischen auch in Belgien - durch das Parlament einen Zustand legalisiert hat, der zu unseren eigenen Wertvorstellungen in starkem Widerspruch steht. Ich meine die Verabschiedung einer gesetzlichen Regelung, wonach die aktive Sterbehilfe als eine legitime Option der Sterbewilligen, Angehörigen und behandelnden Ärzte möglich wird.

Ausgelöst wurde diese Frage durch den Fortschritt der Medizin: Die Möglichkeiten, einen kranken Menschen durch Medikamente, Behandlungsmethoden und den Einsatz von Geräten am Leben zu halten, sind in einem Maße gesteigert worden, das noch vor fünfzig Jahren unvorstellbar war. In vielen Fällen ist diese Zunahme ärztlichen Könnens ein Segen, der vorbehaltlos begrüßt werden kann. Es gibt aber auch Krankheitsbilder und Situationen, wo dadurch das Sterben so weit hinausgeschoben wird, daß man eigentlich nur von einer Verlängerung des Leidens sprechen kann. Die behandelnden Ärztinnen und Ärzte fühlen sich oft in einem Dilemma: Einerseits kennen sie ihre weiteren Behandlungsmöglichkeiten und fühlen sich ihrem Berufsethos verpflichtet; andererseits sehen sie sich mit dem Wunsch mancher Angehöriger oder Kranker konfrontiert, dem Leiden ein Ende zu bereiten.

Bei uns ist es möglich, durch indirekte oder passive Sterbehilfe Patienten ein Stück entgegenzukommen. Bei der indirekten Sterbehilfe werden Mittel verabreicht, deren Hauptwirkung auf die Besserung des akuten Krankheitszustandes zielt. Die Nebenwirkungen führen allerdings zu einer Lebensverkürzung. Dieser Effekt wird von Patienten, Angehörigen und Ärzten bewußt in Kauf genommen. Eine andere Möglichkeit ist, daß der Patient auf bestimmte weitergehende Behandlungsmöglichkeiten ausdrücklich verzichtet. Der Tod kann dann durch Unterlassen der Maßnahmen eintreten, die zumindest für eine Weile eine Lebensverlängerung bedeutet hätten.

Beide Handlungsweisen sind sowohl aus Sicht der Kirchen als auch z. B. der Bundesärztekammer ethisch verantwortbar und werden praktiziert.

In den Niederlanden und in Belgien besteht jetzt darüber hinaus die Möglichkeit der aktiven Sterbehilfe. Dabei werden Patienten gezielt und bewußt durch ein Mittel zu Tode gebracht. Zunächst vergewissert sich der Arzt, daß ein Patient zu seinem Wunsch steht, durch aktive Sterbehilfe zu sterben. Der Arzt prüft, ob das Leiden aussichtslos und unerträglich ist, und führt dann die aktive Sterbehilfe durch. Seine Entscheidung wird - sofern Zweifel an der Maßnahme auftreten - im nachhinein (!) von

einem dreiköpfigen Team aus Fachleuten überprüft. Für junge Menschen und für Menschen, die nicht zu einer eigenständigen Entscheidung fähig sind, gelten besondere Regelungen. Trotz dieses Verfahrens gibt es in den Niederlanden nach Auskunft der beiden Berichterstatter für die niederländische Regierung, Paul J. van der Maas und Gerrit van der Wal, jährlich auch rund tausend "lebensbeendende Handlungen ohne ausdrücklichen Wunsch" - eine Zahl, die höchst nachdenklich stimmt.

Ich bin davon überzeugt, daß unsere europäischen Nachbarn mit diesem Gesetz einen falschen Weg eingeschlagen haben. Uns allen ist bewußt, daß unser Gesundheitssystem sehr viel Geld kostet. Die rechtlich verankerte Möglichkeit der aktiven Sterbehilfe kann in der schärfsten Konsequenz alte und schwerkranke Menschen unter Druck setzen, sich "entsorgen" zu lassen bzw. sich rechtfertigen zu müssen, warum sie den Angehörigen oder der Gesellschaft die "Last ihres Weiterlebens" aufbürden.

Der Wunsch nach Sterbehilfe ist oft ein verdeckter Wunsch nach persönlicher Begleitung. Liebevolle Zuwendung, die Patienten zuteil wird und ihnen gleichwohl Freiräume beläßt, und eine angenehme Umgebung lassen den Ruf nach Beendigung des Lebens meist verstummen. Ein anderer wichtiger Grund für das Verlangen nach Sterbehilfe sind starke Schmerzen. Eine optimale Schmerztherapie kann den größten Teil der Schmerzen verhindern, weitere Forschung könnte dieses Resultat noch steigern. Allerdings ist der Bereich der Schmerzbekämpfung in der Medizin in Deutschland gegenwärtig noch unterentwickelt.

Eine verantwortliche Anwendung indirekter bzw. passiver Sterbehilfe reicht nach meiner Überzeugung aus, um den Wünschen nach unnötiger Verlängerung von Leiden zu begegnen. Die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe muß dagegen bei Ärztinnen und Ärzten zu Interessenkonflikten führen: Welchen weiteren Einflüssen sind sie ausgesetzt, damit sie letztlich der Tötung zustimmen? Zu denken wäre etwa an Beeinflussungen durch künftige Erben, durch Betreuer, gestreßtes Pflegepersonal oder auch durch das gesamtgesellschaftliche Klima. Und was bedeutet es für das besondere Vertrauensverhältnis zwischen Ärzten und Patienten, wenn ein Arzt nicht nur heilt, sondern auch Beihilfe zur Tötung leistet?

Allerdings ist es nicht damit getan, nur vor den möglichen - und aus meiner Sicht wahrscheinlichen - Folgen zu warnen. Wir müssen als Kirche Alternativen benennen und öffentlich dafür werben: Eine solche Alternative zur aktiven Sterbehilfe ist die

ambulante und stationäre Hospizarbeit! Seit einigen Jahren gibt es auch im Bereich unserer Landeskirche Einrichtungen, in denen konkret und zugleich modellhaft Sterbende auf dem Weg zum Tod begleitet werden. Anfang nächsten Jahres werde ich das Hospiz in Kassel und das St. Elisabeth-Hospiz in Marburg besuchen, um diese wichtige Aufgabe zu stärken und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Arbeit Mut zu machen. Darüber hinaus gibt es in vielen Orten Menschen, die sich ehrenamtlich in der ambulanten Hospizarbeit engagieren. Sie erhalten eine intensive Qualifizierung, damit sie ihrem schweren Dienst nachkommen können.

Es bleibt zu hoffen, daß es in unserer Gesellschaft zu einem bewußteren Umgang mit Sterben und Tod kommt und die Sterbebegleitung als christlich gebotene, aber auch allgemein praktikable Alternative zu jeder technizistischen "Problemlösung" wahrgenommen wird.

6. Gefährdungen am Beginn menschlichen Lebens

Auch am Beginn menschlichen Lebens gibt es heute Gefährdungen, die vor Jahrzehnten unbekannt waren. Die naturwissenschaftliche Forschung entwickelt immer differenziertere und diffizilere Methoden, um in die Erbinformationen der menschlichen Zelle einzudringen und dieses Wissen medizinisch nutzbar zu machen.

Verschiedene Nutzungen dieses Wissens sind vorstellbar:

In der Präimplantationsdiagnostik werden Embryonen in einem sehr frühen Stadium ihrer Existenz einer gentechnischen Untersuchung unterzogen. Sinn dieser Untersuchung ist festzustellen, ob der Embryo frei von bestimmten Erbkrankheiten ist. Dabei wird gezielt nach einer Erkrankung gesucht, unter der die Eltern oder ihre genetischen Vorfahren leiden. Wird diese Erkrankung tatsächlich entdeckt, erfolgt keine Einpflanzung des Embryos. Zur Zeit ist es noch nicht möglich, die Erkrankung etwa durch einen gentechnischen Eingriff zu beseitigen, also eine Art Reparatur der defekten Gene durchzuführen. Das Ergebnis der PID ist stets die Auswahl: Entweder wird der Embryo akzeptiert oder verworfen.

Eine andere Verwendung der gentechnischen Möglichkeiten besteht darin, an sogenannten embryonalen Stammzellen Forschungen zu betreiben. Dabei wird der Embryo "verbraucht". Ziel ist es, bestimmte Krankheiten und Behinderungen zu beseitigen. Denkbar wäre etwa, ein durch Alzheimer-Erkrankung zerstörtes Hirngewebe durch neues, gesundes Gewebe zu ersetzen oder etwa das durchtrennte Rückenmark eines Querschnittgelähmten durch intakte Nervenzellen wieder

zusammenzufügen. Embryonale Stammzellen haben totipotente bzw. pluripotente Fähigkeiten; d. h. sie sind in einem Stadium ihrer Entwicklung, in dem sie noch nicht auf einen bestimmten Zelltyp festgelegt sind. Vielmehr besitzen sie die Potenz, zum Beispiel zu einer Leberzelle, einer Nervenzelle oder einer Muskelzelle zu werden. Zwar gibt es auch sogenannte adulte Stammzellen, die noch verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten haben. Aber nach dem derzeitigen Wissensstand sind diese Zellen in ihren Fähigkeiten gegenüber den embryonalen Stammzellen eingeschränkt. Zudem ist es erheblich aufwendiger, sie zu gewinnen.

Die geplanten Eingriffe am Beginn des menschlichen Lebens werden mit respektablen Gründen gerechtfertigt. Das ist überhaupt nicht zu leugnen. Von solchen hehren Motiven aus erscheint die Erzeugung von Embryonen zur verbrauchenden Forschung und später zur verbrauchenden Therapie, aber auch die Selektion von Embryonen, die mit Erbkrankheiten belastet sind, in den Augen der Befürworter als moralisch zulässig. Daher müssen es starke ethische Gründe sein, die man Kranken und Behinderten gegenüber vorbringt, sofern man eine entsprechende genetische Forschung ablehnt.

Freilich sind die Heilsversprechen mancher offensiv agierender Vertreter der Gentechnik geradezu maßlos und werden begierig von den Massenmedien aufgegriffen und breitenwirksam publiziert. Der Grat zwischen Faszination und Entsetzen ist schmal. Manche Forscher gehen so weit wie Ray Kurzweil: Er glaubt, daß im Zuge der weiteren Entwicklung "auch der Tod in Vergessenheit geraten wird". Andere Forscher sehen sich auf dem Weg, selbst in die Rolle des Schöpfers von Leben zu treten. Der amerikanische Sozialphilosoph Ronald Dworkin redet offen von der "falschen Angst, Gott zu spielen". In den neuen Wissenschaften sieht er eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen, "denn die Alternative wäre unverantwortliche Feigheit vor dem Unbekannten".

Auch ökonomische Gesichtspunkte spielen eine Rolle. Da man hier die Schlüsseltechnologie für die Märkte des 21. Jahrhundert zu erkennen meint, wird viel Geld in die Forschung investiert. Nach meiner Überzeugung muß man im Auge behalten, daß die gegenwärtigen Investitionen natürlich durch kommerzielle Nutzung wieder eingespielt werden sollen. Dies begründet das Interesse an der Patentierung von gentechnischen Entdeckungen, um sich so das Monopol für die wirtschaftliche Nutzung dieser Forschungsergebnisse zu sichern. Die präzise Entschlüsselung eines Chromosomenabschnitts könnte patentiert werden und entzöge diesen Abschnitt dem wirtschaftlichen Zugriff durch andere.

Welche Bedeutung Gentechnik und Biowissenschaften besitzen, wird dadurch unterstrichen, daß die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, das Jahr 2001 zum "Jahr der Lebenswissenschaften" ausgerufen hatte.

Die Frage, ob man an importierten embryonalen Stammzellen forschen dürfe, hat die Bundestags-Enquetekommission "Recht und Ethik in der Medizin" vor zwei Wochen mit einem geteilten Votum beantwortet. Eine überraschend deutliche Mehrheit hält weder die Forschung für ausreichend begründet noch den Import solcher Zellen für gerechtfertigt. Die Minderheit will den Import und auch die Forschung tolerieren, sofern hochrangige Forschungsziele nicht durch andere Mittel erreicht und nur tiefgefrorene, sogenannte "überzählige" Embryonen benutzt werden, deren Spenderin zuvor ihr Einverständnis gegeben habe. Ein solches Ergebnis hätte ich noch vor kurzem kaum erwartet. Es bestärkt mich in meiner ablehnenden Haltung, weil hier Embryonen verbraucht, d.h. „verzweckt“ und instrumentalisiert werden. Ich wünschte mir statt dessen, daß verstärkt Versuche unternommen und gefördert werden, mit adulten Stammzellen zu entsprechenden Forschungsfortschritten zu gelangen.

Auch der Präimplantationsdiagnostik stehe ich weiterhin skeptisch gegenüber. Würde man dieses Verfahren zulassen, um schwerste Behinderungen bei Embryonen zu entdecken, deren Eltern vorbelastet sind, so begäbe man sich auf eine schiefe Ebene, auf der es - gesellschaftlich gesehen - kein Halten mehr gibt. Vielleicht male ich zu schwarz, aber ich befürchte, daß man Schritt für Schritt den Katalog erweitern würde, bis schon leichte Behinderungen zur negativen Selektion führen.

In diesem Sinn habe ich mich zuletzt am 17. November anläßlich des Bioethik-Symposiums des Hessischen Landtags in Wiesbaden, aber auch schon verschiedentlich zuvor geäußert.

7. Was ist der Mensch?

Nach christlicher Überzeugung ist Gott der *Schöpfer* allen Lebens. Wir verstehen dies nicht als Gegensatz zu dem, was die Biologie inzwischen über die Entstehung und Entwicklung des Lebens erforscht hat. *Daß* Leben entsteht, bleibt aller wissenschaftlichen Einsicht zum Trotz ein Wunder. Es ist - theologisch gesprochen - Ausdruck der liebenden Zuwendung Gottes zu dieser Welt. Gerade menschliches Leben begreifen wir als ein Geschenk, das unserer Verfügung weitgehend entzogen ist. "Das Leben ist eine Gabe Gottes", lautete darum der Titel der immer noch

grundlegenden Stellungnahme unserer Theologischen Kammer aus dem Jahr 1990 zur Gentechnologie.

Die Bibel nennt den Menschen "Ebenbild Gottes" und drückt damit eine fundamentale Beziehung aus: die Beziehung des Menschen von Gott her und auf Gott hin. Aus dieser *Ebenbildlichkeit* leiten sich Würde und Rechte jedes Menschen her. Weitere Maßstäbe zur Beurteilung menschlichen Lebens lehnt der christliche Glaube ab. Eine Unterscheidung von wertvollem und weniger wertvollem, gar unwertem Leben ist nicht möglich. Jeder einzelnen Phase menschlichen Lebens kommt nach unserer Überzeugung die gleiche Würde zu. Es gibt nicht Phasen von höherer oder niedrigerer Würde, auch wenn das volle menschliche Potential im Embryo noch nicht realisiert ist oder im Alter durch Krankheit oder Behinderung nicht mehr realisiert werden kann.

Ist Gott der Schöpfer des Lebens, dann verweist uns dies zugleich auf unsere eigene *Geschöpflichkeit*. Als Kreaturen sind wir endliche Wesen in allen Dimensionen unseres Lebens, mit Fehlern behaftet, dem Leid und dem Schmerz unterworfen - und sterblich. Genau in dieser Spannung von Ebenbildlichkeit und Geschöpflichkeit liegt die Fruchtbarkeit unserer Existenz. Das Wissen um den fragmentarischen Charakter unseres Daseins und die uns ständig begleitende Gefährdung unseres Lebens treiben Menschen um und erzeugen die Sehnsucht nach Antworten, die diese Situation aufheben. Das ist aus meiner Sicht ein entscheidender Grund, warum sich gerade mit der Biotechnologie in der Öffentlichkeit solch immense Heilserwartungen verbinden.

Aus der Gottebenbildlichkeit leitet sich nach biblischem Verständnis die menschliche Befähigung zur „Weltbeherrschung“ her, aus der Geschöpflichkeit zugleich deren Grenze - das gilt auch hinsichtlich der Verfügungsgewalt über das Leben.

So bleiben wir als Menschen in unserem Tun Gott verantwortlich. Das wirft die Frage auf, wie wir die Versuche, an dieser Geschöpflichkeit zu manipulieren, ethisch bewerten sollen. Selbstverständlich ist es richtig, daß medizinische Forschung immer neue Möglichkeiten sucht, Krankheiten zu überwinden, Menschen zu heilen oder ihr Leiden zu lindern. Aber das darf nicht um jeden Preis geschehen. Es bedeutet eine erhebliche Veränderung im menschlichen Selbstverständnis, sofern wir uns nicht mehr von Gott her als unserem Gegenüber verstehen, sondern (nur noch) als Summe unserer Gene, als eine Kombination festgelegter Eigenschaften und Fähigkeiten.

Wenn sich in die Beziehungen zwischen Menschen Aspekte des Verhältnisses von Schöpfergott und Kreatur einschleichen, also einer zum Schöpfer des anderen wird, ist

das Zusammenleben als gleichwertige und gleichberechtigte Menschen erheblich gestört. In der biblischen Paradieserzählung ist es die Schlange, die bezeichnenderweise mit der Aussicht lockt, den Unterschied zwischen Gott und Menschen, zwischen Schöpfer und Geschöpf, einzuebnen: „... an dem Tage, da ihr davon eßt, werden eure Augen aufgetan, und ihr werdet sein wie Gott“ (1 Mose 3,5). Nach biblischer Auffassung kommt darin das Urübel zum Vorschein: wie Gott sein zu wollen. In dem Maße, in dem durch gentechnische Eingriffe menschliches Leben in seinen genetischen Anlagen verfügbar gemacht wird, droht diese lebensdienliche Grenze aufgehoben zu werden. Wir machen uns selbst zu Gott! Das hat Folgen für das Zusammenleben insgesamt: Denn es zeichnet jede soziale Beziehung aus, daß sie von der Individualität, der Andersartigkeit und Wandelbarkeit, von der Fremdheit und Unverfügbarkeit des anderen lebt. Demgegenüber wäre ein nach eigenen Wünschen "konstruierter" Mensch letztlich nichts anderes als Ausdruck von Egoismus.

8. Die Rückkehr der Religion in den öffentlichen Diskurs

Anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels hielt der Philosoph Jürgen Habermas am 15. Oktober eine bemerkenswerte Rede. Ihr Titel lautete: "Glauben und Wissen".

Ich möchte den Bezug dieser Rede zu den ethischen Streitfragen, die ich in meinem Bericht bisher vorgetragen habe, wenigstens ansatzweise herausarbeiten. Ein wesentlicher Aspekt war ja, daß sie alle mit dem fortschreitenden Erkenntnisgewinn der Naturwissenschaften zu tun haben. Die neuen naturwissenschaftlich-technischen Möglichkeiten stellen uns vor die Frage, wie wir mit diesem zusätzlichen Wissen und Können umgehen sollen. Hier gibt es aus ganz verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft Antworten - mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Interessen.

Die Kirchen begeben sich mit offenem Visier in diesen Diskurs. Wir benennen unsere Denkvoraussetzungen und beziehen uns deutlich auf die biblische Grundlage unseres Glaubens. Zudem versuchen wir, diese Voraussetzungen und ihre Konsequenzen auch jenen Menschen nahezubringen, die in dieser Gedankenwelt und Sprache nicht heimisch sind. Die Benennung der eigenen Prämissen verhindert nicht, sondern ermöglicht den Dialog!

Innerhalb des gesellschaftlichen Diskurses gilt es nach Habermas, die Aussagekraft religiöser Vorstellungen wiederzuentdecken und ernstzunehmen. "Daß Gott, der die Liebe ist," führt er beispielsweise aus, "in Adam und Eva freie Wesen schafft, die ihm gleichen, muß man nicht glauben, um zu verstehen, was mit Ebenbildlichkeit gemeint

ist. Liebe kann es ohne Erkenntnis in einem anderen, Freiheit ohne gegenseitige Anerkennung nicht geben. Das Gegenüber in Menschengestalt muß seinerseits frei sein, um die Zuwendung Gottes erwidern zu können." Und wenig später: "Gott bleibt nur solange ein 'Gott freier Menschen', wie wir die absolute Differenz zwischen Schöpfer und Geschöpf nicht einebnen."

Nach meiner Auffassung geht die Bedeutung dieser Rede weit über die begrüßenswerte Stellungnahme zum restriktiven Umgang mit Embryonen hinaus. Habermas macht deutlich, warum die Gespräche zwischen Vertretern der Kirchen und Wortführern der Naturwissenschaft und Medizin oft so schwierig sind und der echte Dialog häufig scheitert. Ich verstehe seine Rede als einen Appell an die Intellektuellen, genauer hinzusehen und die vordergründige und oberflächliche Behandlung der Religion und ihrer Inhalte zu überprüfen.

Zugleich sehe ich darin eine deutliche Ermutigung, von unseren biblischen Grundlagen aus unsere Einwände gegen einen besinnungslosen Pragmatismus in den genannten ethischen Fragen zu erheben, höre aber auch die Mahnung an uns, unsere Sprachfähigkeit zu überprüfen und uns auf den nicht-religiösen Teil unserer Gesellschaft präziser einzurichten. Nicht immer werden wir dabei die "rettenden Formulierungen" finden, die unsere Sicht der Dinge auch allgemein plausibel erscheinen lassen und sich in der Analyse der gegenwärtigen Situation bewähren. Aber eingedenk des Überschusses an Artikulationskraft unserer religiösen Sprache, unserer Symbole, unserer Gottesdienste und Rituale wird es möglich sein, Religion in Gestalt des christlichen Glaubens gesellschaftsfähig werden zu lassen. Zu einem vorschnellen Rückzug besteht also kein Grund. Eher ist das Gegenteil angesagt: der Eintritt in eine selbstbewußte, von jeder überheblichen Attitüde freien Auseinandersetzung um die Grundlagen und Grundfragen menschlichen Lebens.

9. Ausblicke

Abschließend will ich drei Bereiche ansprechen, mit denen wir uns aller Voraussicht nach in der kommenden Zeit eingehender zu beschäftigen haben.

(1) Fünf Monate ist es her, daß in Frankfurt der 29. Deutsche Evangelische Kirchentag stattfand. Um es vorab zu sagen: Ich haben diesen Kirchentag als eine ungemein bewegende Veranstaltung erlebt. Er zählt zu den intensivsten Erfahrungen während meines ersten Amtsjahres als Bischof. Das mag zu einem nicht geringen Teil daran liegen, daß unsere Landeskirche durch die Wahl der hessischen

Metropole als Veranstaltungsort die Möglichkeit erhielt, neben der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in gewissem Umfang Mitgastgeberin für den Kirchentag zu sein. Kirchengemeinden in den Kirchenkreisen Hanau-Stadt und -Land nahmen viele auswärtige Gäste auf. Unser finanzieller Beitrag bestand darin, für zwei Jahre einen Pfarrer zur Kirchentags-Arbeitsstelle in Frankfurt abzustellen. Außerdem haben in allen Vorbereitungsgruppen Pfarrerinnen, Pfarrer und Gemeindeglieder aus Kurhessen-Waldeck mitgearbeitet. Für eine Landeskirche mittlerer Größe, die ansonsten nie die Gelegenheit haben wird, den Deutschen Evangelischen Kirchentag in ihr Kirchengebiet einzuladen, war dies eine große Chance, die wir - in Absprache und enger Fühlungnahme mit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau - nutzen wollten und, denke ich, auch genutzt haben. Allen an der Vorbereitung und Durchführung Beteiligten sei auch an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt.

Im Vorfeld des Kirchentags machte die Auseinandersetzung um das sogenannte "Feierabendmahl" von sich reden, auf die ich inhaltlich jetzt nicht eigens eingehe. Aber es ist an dieser Debatte ein Gesichtspunkt deutlich geworden, dem wir Aufmerksamkeit schenken müssen: Die ausgesprochen klare Abweisung der Einladung zur Teilnahme an diesem Abendmahl durch die römisch-katholischen Kirche mit der Begründung, es widerspreche ihrem Verständnis von Eucharistie, läßt ahnen, daß auf dem Weg zu einer gemeinsamen Feier des Abendmahls noch viele Hindernisse liegen. Die ursprüngliche Euphorie im Blick auf den Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin, die auch mich erfaßt hatte, ist einer Ernüchterung gewichen. Das ist bedauerlich, entspricht aber der Wirklichkeit: Unabhängig vom umstrittenen "Feierabendmahl" bestehen weiterhin Unterschiede im Abendmahlsverständnis zwischen evangelischer und römisch-katholischer Kirche. Es fällt nicht leicht, dies den Gemeinden zu vermitteln. Oft deuten sie das als versuchte Verhinderung oder Verlangsamung des ökumenischen Prozesses. Sich nicht einmal gegenseitig zum Abendmahl einladen zu können, wird von vielen kaum mehr verstanden - auch von mir nicht. Wahrscheinlich ist es im Blick auf den Ökumenischen Kirchentag 2003 sinnvoll, sich nicht ausschließlich auf die Abendmahlsfrage zu kaprizieren. Aber wir sollten bei unseren ökumenischen Begegnungen auf der Ebene von Gemeinden oder Kirchenleitungen beharrlich und freundlich werbend daran weiterarbeiten, daß die Trennung am Tisch des Herrn aufgehoben wird. Das braucht Zeit, aber dann wird es auch soweit sein!

- (2) Im August erschien das Diskussionspapier der Theologischen Kammer "Das Amt des Pfarrers und der Pfarrerin in der modernen Gesellschaft". Mit dieser

Ausarbeitung, für die ich den Kammermitgliedern sehr dankbar bin, wollte unsere Landeskirche einen Verständigungsprozeß über das Profil des Pfarrberufs einleiten, an dem sich möglichst viele beteiligen: Kirchenvorstände und Synoden ebenso wie kirchliche Gruppen und Pfarrkonvente. Zu unserer eigenen Überraschung ist die 1. Auflage des Impulspapiers in einer Höhe von 10.000 Exemplaren restlos vergriffen, so daß 3.000 Exemplare nachgedruckt wurden. Aus vielen anderen Landeskirchen erreichten uns Anfragen und Bestellungen. Das spricht zumindest dafür, daß die verhandelte Thematik "an der Zeit" ist und eine Fragestellung aufgreift, die viele evangelische Christen bewegt. Vielleicht spricht es auch für die inhaltliche Stringenz und Überzeugungskraft, mit der die Kammer das Thema entfaltet hat. Wir werden sehen. Der Strom von Rückmeldungen hat inzwischen eingesetzt und wird von einem Ausschuß gesichtet und eingearbeitet, so daß der Landessynode wahrscheinlich im Jahr 2003 eine revidierte Fassung zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden kann. Ich bin der Meinung: Dieser Konsultationsprozeß ist aller Mühe wert!

- (3) Das am 1. August in Kraft getretene Lebenspartnerschaftsgesetz stellt auch unsere Landeskirche erneut vor die Aufgabe, darüber nachzudenken, wie sie mit homosexuell lebenden Menschen umgehen und welche Bedeutung und Würde sie gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften beimessen will. Wesentliches hat unsere Kirche dazu in der Stellungnahme unserer Theologischen Kammer aus dem Jahr 1998 "Was dem Leben dient. Familie - Ehe - andere Lebensformen" bereits gesagt. Nun rückt die Frage in den Vordergrund, ob und in welcher Form gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften gesegnet werden können oder sollen. Die gegenwärtige Haltung unserer Landeskirche habe ich in meinem Schreiben vom 10. September 2001 an sämtliche Pfarrfrauen, Pfarrer und Kirchenvorstände dargelegt. Inzwischen hat sich der dort genannte Ad-hoc-Ausschuß der Theologischen Kammer konstituiert. Mit der Vorlage eines Diskussionspapiers wird im nächsten Jahr gerechnet werden können. Auch hier gilt wie sonst in unserer Kirche: Der Weg der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung hat sich synodal zu vollziehen - in Rückbindung an das Wort Gottes und in gegenseitiger Achtung! Mein nachdrückliches Ersuchen, "auf jedes Vorgehen, das den Entscheidungsprozeß beeinträchtigen oder etwaige Ergebnisse vorwegnehmen könnte, zu verzichten", betrifft - das möchte ich unterstreichen - nicht nur jene, die eventuell eigene gottesdienstliche Segenshandlungen vorzunehmen gedenken, sondern in gleicher Weise Kirchenvorstandsbeschlüsse, die mir inzwischen zur Sanktionierung unterbreitet werden, wonach eine solche Segenshandlung prinzipiell in der betreffenden Kirchengemeinde ausgeschlossen sei. Von allen

Seiten, Befürwortern wie Gegnern, erbitte ich das nötige Maß an Sensibilität im Umgang miteinander und die Bereitschaft, sich ohne unnötigen Zeitdruck mit den vielfältigen Implikationen dieser Frage auseinanderzusetzen - und für uns alle den Beistand des Heiligen Geistes. Darüber zu wachen, "daß die Einheit der Kirche gewahrt wird", wie es die Grundordnung unserer Kirche dem Bischof auferlegt, kann an dieser Stelle sehr belastend sein!

1. Geborgenes Leben

War es ein gutes Jahr? Die geschilderte Fülle von Problemen, denen wir uns angesichts der unterschiedlichen Fragen nach dem Leben ausgesetzt sehen, könnte uns zögern lassen, dies unumschränkt zu bejahen. Aber trotz aller Gefährdungen, von denen ich gesprochen habe, war es auch ein Jahr, das uns Gottes Nähe und Liebe hat spüren lassen. Vielleicht konnten wir 2001 mehr als sonst existentiell nachfühlen, was der Apostel Paulus meint, wenn er schreibt: "Ich bin gewiß, daß weder Tod noch Leben, weder Engel noch Mächte noch Gewalten, weder Gegenwärtiges noch Zukünftiges, weder Hohes noch Tiefes noch eine andere Kreatur uns scheiden kann von der Liebe Gottes, die in Christus Jesus ist, unserem Herrn" (Römer 8,38-39). So gesehen - und ich empfinde das als den entscheidenden Blickwinkel! - ist "gefährdetes Leben" letztlich stets geborgenes Leben!

Abschließend danke ich allen, die mir bei meinen Reisen durch die 28 Kirchenkreise unserer Landeskirche mit Offenheit und Kritik begegnet sind - und ich danke für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den verschiedenen Leitungsgremien unserer Landeskirche, die es möglich macht, unterschiedliche Auffassungen auszutauschen und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Manches liegt vor uns. Mit Beharrlichkeit und Gelassenheit zugleich und in der Hoffnung, daß Christus uns dazu die Kraft schenkt, werden wir es angehen.

Hinweis: Dieses Dokument ist urheberrechtlich geschützt und elektronisch abrufbar auf <http://www.ekkw.de> .